



## Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

**Die Polizei vor Generalverdacht schützen.  
Unabhängige wissenschaftliche Studie über Rechtsextremismus und Rassismus  
in der Polizei in Auftrag geben!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat dafür einzusetzen, dass eine unabhängige wissenschaftliche Studie zu Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei in Deutschland in Auftrag gegeben wird.

### **Begründung:**

Der Bundesminister des Innern, für Bau und Verkehr muss seinen Widerstand gegen eine Studie zu möglichen rechtsextremen und rassistischen Tendenzen in der Polizei aufgeben.

Nach den Erkenntnissen insbesondere über rechtsextreme Vorkommnisse bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen steht die Glaubwürdigkeit der Polizei bundesweit insgesamt auf dem Spiel.

Auch aus Fürsorgegründen gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten muss jetzt gehandelt und eine Studie in Auftrag gegeben werden.

Es gilt, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor einem Generalverdacht zu schützen und ihr Ansehen in der Bevölkerung zu wahren. Dafür braucht es zwingend eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung.

Der weitaus überwiegende Teil der Polizistinnen und Polizisten distanziert sich entschieden von jeder Art von Extremismus und hat deshalb ein Interesse an einer Aufarbeitung des Themas.

Es besteht auch die Gefahr, dass das öffentliche Meinungsbild über die Polizei in Deutschland und in den Bundesländern kippt. Eine wissenschaftliche Studie ist ein geeignetes Mittel, um dem entgegenzuwirken.

Das hohe Ansehen der Polizei in der Gesellschaft ist ein essenzieller Beitrag zur Inneren Sicherheit.